



„Initiativgruppe Baden-Württemberg gegen Radikalenerlass und Berufsverbote“

Kontakt: Werner Siebler

0761/275888 und 0175/ 4411551: werner.siebler@web.de

Presseinformation und -einladung

Berufsverbot-Betroffene führen am 26.10.2022 um 17 Uhr in Stuttgart gegenüber der Oper, in Sichtweite des Landtags eine Kundgebung durch

Ministerpräsident Kretschmann versprach im Januar in einem SWR-Interview in der Frage des Umgangs mit den ehemaligen Betroffenen des sogenannten Radikalenerlasses von 1972:

"Also ich meine, wir warten jetzt einfach mal diese wissenschaftliche Studie ab. Und wenn uns die vorliegt, dann können wir uns mit der Frage auch noch einmal befassen. Und man muss sich dann bei den Leuten konkret entschuldigen."

(<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/interview-mit-ministerpraesident-winfried-kretschmann-zum-radikalenerlass-100.html>)

Der Heidelberger Forschungsbericht liegt seit Ende Mai vor, aus dem Staatsministerium und seitens des Ministerpräsidenten hört man dazu nichts. Im Ständigen Ausschuss des Landtages von Baden-Württemberg wurde jedoch am 29. September ein Antrag der SPD-Mitglieder hierzu (siehe Anlage) mit Regierungsmehrheit abgelehnt.

Wir Betroffene des Radikalenerlasses können daraus nur den Schluss ziehen, dass weder der Ministerpräsident noch die Landtagsmehrheit von Grünen und CDU gewillt zu sein scheinen, die Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen.

Deshalb wird es am 26.10. 2022 um 17 Uhr hinter der Bannmeile des Landtages, gegenüber der Oper eine Kundgebung geben, bei der auch der DGB-Landesbezirksvorsitzende Kai Burmeister und die Betroffenen Sigrid Altherr-König (Esslingen) und Martin Hornung (Heidelberg) sprechen werden (Flugblatt in der Anlage).

Zu dieser Kundgebung laden wir Sie herzlich ein und bitten Sie, in geeigneter Weise darüber zu berichten.

Wir bedanken uns für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Werner Siebler, Freiburg

(Tel. 0761 / 275888 und 0175 / 4411551); E-Mail: werner.siebler@web.de)